

Telegraphische Depeschen.

* **Wien, 9. Juli.** Se. Maj. der Kaiser machte gestern eine Spazierfahrt nach Fischbach und besuchte am Abende das Theater.
* **Wien, 9. Juli** vormittags. Der steirische Großgrundbesitz hat vier liberale Candidaten gewählt. Der Ministerpräsident v. Stremayr war nicht als Candidat aufgestellt worden.

* **Versailles, 9. Juli** abends. Deputirtenkammer: Bei der fortgesetzten Berathung des Ferry'schen Unterrichtsgesetzes wurde der Art. 7, welcher alle vom Staate nicht autorisirten Religionsgesellschaften von der Theilnahme des öffentlichen Unterrichts ausschließt, mit 330 gegen 185 Stimmen angenommen. Sodann wurde der Art. 8, welcher dahin geht, daß jedes freie Unterrichtsinstitut und jede mit Rücksicht auf den Unterricht gebildete Vereinigung nur durch Gesetz zur Theilnahme des öffentlichen Unterrichts zugelassen werden kann, genehmigt. Schließlich wurde das ganze Ferry'sche Unterrichtsgesetz mit 352 gegen 159 Stimmen angenommen. Morgen wird die Kammer die Berathung des Budgets beginnen.

* **London, 8. Juli** nachts. Das Oberhaus nahm die irische Universitätsbill in zweiter Lesung ohne besondere Abstimmung an. Seitens der Opposition wurde hervorgehoben, daß die Vorlage ungenügend sei. Die Regierung wies dem gegenüber auf die Unmöglichkeit einer Dotirung des confessionellen Unterrichts hin; falls im nächsten Jahre Vorschläge hinsichtlich der Höhe der zu bewilligenden Stipendien vorgebracht werden würden, solle diese Frage in Erwägung gezogen werden. Das Haus möge dies als ein Zugeständnis seitens der Regierung ansehen.

* **Unterhaus:** Lloyd beantragte die Errichtung eines Handels- und Ackerbauministeriums. Schaplanzer Northcote erklärte, er sei mit dem Zwecke dieses Antrags wohl einverstanden, könne den Antrag aber nicht unterstützen. Die Regierung habe die Frage wegen Errichtung eines solchen Ministeriums bereits in Erwägung gezogen und sei bereit, Maßregeln behufs besserer Entwicklung des jetzigen Departements zu ergreifen. Lloyd beharrt auf seinem Antrage. Der Präsident des Handelsministeriums Sandon brachte ein Amendement ein, dahin gehend, daß es wünschenswerth sei, die Functionen der Regierung betreffend den Handel und die Landwirtschaft, soweit dies möglich, durch ein besonderes Departement verwalten zu lassen. Das Amendement Sandon's wurde mit 71 gegen 65 Stimmen abgelehnt und der Antrag Lloyd's mit 76 gegen 56 Stimmen angenommen.

* **Bukarest, 9. Juli.** Die Journale Telegraful und Romania Libera besprechen das Programm der Verfassungsrevisionscommission und weisen die darüber hinausgehenden Concessionen in der Judenfrage zurück. Romania Libera bemerkt hierzu ferner, daß, wenn Europa mit der vorgeschlagenen Lösung der Judenfrage unzufrieden sei, es Rumänien ertragen werde, noch einige Zeit in nicht vollständig anerkannter Unabhängigkeit zu verbleiben.

* **Wien, 9. Juli** abends. Meldung der Politischen Correspondenz aus Konstantinopel: „Frankreich und England werden von dem Wortlaute des Investiturferrmans für den Khedive Tewfik-Pascha ihr weiteres Vorgehen in der Frage betreffend die Aufhebung des Ferrmans von 1873 abhängig machen. — Der Sultan hat sämtliche von Aleo-Pascha ernannte Mitglieder des ostrumelischen Regierungsdirectoriums, ausgenommen den Leiter des Justizdepartements, Kassafon, befristigt. — Die Pforte beabsichtigt, bei den Mächten Schritte zu thun wegen baldiger Schleifung der Donaufestungen.“

* **Athen, 9. Juli.** Die Kammern sind zum 17. Juli zu einer außerordentlichen Session einberufen worden und sollen sich mit der Prüfung der Finanzlage Griechenlands beschäftigen.

Vom Deutschen Reichstage.

* **Berlin, 9. Juli.** Präsident v. Seydewitz eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 25 Min.

Die zweite Berathung des Zolltarifgesetzes wird fortgesetzt. Zur Erledigung steht nur noch der von der Commission hinzugefügte, die sogenannten constitutionellen Garantien enthaltende §. 7 (Antrag Frandenstein):

Derjenige Ertrag der Zölle und der Tabaksteuer, welcher die Summe von 180 Mill. M. in einem Jahre übersteigt, ist den einzelnen Bundesstaaten nach Maßgabe der Bevölkerung, mit welcher sie zu den Matricularbeiträgen

herangezogen werden, zu überweisen. Diese Ueberweisung erfolgt vorbehaltlich der definitiven Abrechnung zwischen der Reichs- und den Einzelstaaten auf Grund der im Art. 39 der Reichsverfassung erwähnten Quartalsextracte und beziehungsweise Jahresabschlüsse.

Abg. Frhr. v. Varnbüler beantragte, dem §. 7 Folgendes beizufügen:

Diese Bestimmung tritt mit dem 1. April 1880 in Kraft. Insofern der Ertrag der Zölle und der Tabaksteuer für die Zeit vom 1. Oct. 1879 bis 31. März 1880 die Summe von 62,651,815 M. übersteigt, kommt der Ueberschuß an den Matricularbeiträgen der einzelnen Bundesstaaten nach dem Maßstabe ihrer Bevölkerung in Abzug.

Referent Abg. Windthorst:

Wenn durch die Einnahmen aus den Zöllen und der erhöhten Tabaksteuer der Wegfall der Matricularbeiträge bewirkt würde, so wäre damit das verfassungsmäßige Wesen des Reiches einer erheblichen Veränderung unterworfen worden. Vor allem wäre damit das Einnahmewilligungsrecht des Reichstages in Wegfall gekommen. In der Fassung aber, die §. 7 in der Commission erhalten hat, ist ein Mittel gefunden, das zwar die Einzelstaaten die Matricularbeiträge weiter zahlen, daß aber aus den neu beschafften Mitteln ihnen diese Matricularbeiträge wieder ihrem Betrage nach erstattet werden können. Die constitutionelle Mitwirkung des Reichstages bleibt dadurch bestehen, und ein Antrag des Frn. v. Bennigsen hat in der Commission die Mehrheit nicht gefunden, wonach der Ertrag gewisser Steuern und Zölle jährlich in den Etat eingestellt werden sollte. Es sind auch in der Commission die Versuche gemacht worden, den wesentlichen Inhalt beider Anträge, des Antrages Frandenstein und des Antrages Bennigsen, zu einem Ganzen zu vereinigen; aber diese Versuche sind gescheitert. Da fragte es sich, welchem der beiden Anträge man den Vorzug geben solle, und man entschied sich gegen den Antrag v. Bennigsen, weil er durch die jährliche Bewilligung feste Einnahmen zu unsichern machen würde. Ich empfehle Ihnen den Antrag der Commission und stelle die Annahme des vom Abg. v. Varnbüler beantragten Zusatzes anheim.

Abg. v. Bennigsen:

Meine Herren! Ich will damit beginnen, wie meine politischen Freunde und ich uns zu §. 7 stellen werden. In unserer Fraction ist einstimmig beschlossen, diesen Paragraphen abzulehnen, und zugleich mit überwiegender Mehrheit, daß, falls dieser Paragraph in das Tarifgesetz aufgenommen wird, Tarif- und Zollgesetz abzulehnen seien. Auch ich schließe mich dem an, obwohl ich bedauere, daß es nach Annahme des §. 7 nicht möglich wäre, für den Zoll- und das Tarifgesetz zu stimmen. Ich würde sonst ebenso, wie eine größere Anzahl meiner Freunde, für den Tarif gestimmt haben, obwohl in demselben eine Anzahl mir zu weit gehender Bestimmungen gegen mein Votum aufgenommen sind. Ich würde ihn und ebenso das ganze Tarifgesetz im ganzen genehmigt haben, wenn dieser §. 7 nicht in das Gesetz aufgenommen wäre. Meine Herren, der Herr Berichterstatter hat in seinem Vortrage erwähnt, daß von mir und meinen Freunden in der Commission zu dem §. 7 — dem damaligen Antrage Frandenstein — ein Gegenantrag gestellt sei, der allerdings in seinem einen Theile mit einem andern später zurückgezogenen Frandenstein'schen Antrage übereinstimmt, in dem andern Theile eine Abweichung enthält. Was den letztern Punkt angeht, so ging die Fassung dieses Antrags dahin, daß die Verwendung der über den vollständigen Ertrag von Zöllen und Verbrauchssteuern nach wie vor, wie die Verfassung es vorschreibt, dem Bundesrathe und dem Reichstage bleibt, daß also in jedem Etatsjahre entschieden wird, daß in diesem Etatsjahre dasjenige, was der Reichstag mit dem Bundesrathe nicht anderweitig verwenden wissen will, den einzelnen Staaten überweisen wird. Der andere Antrag bezweckt, in dem Moment, wo der Reichstag eine so bedeutende Mehrbewilligung anspricht, die sich, abgesehen von etwa 40—50 Mill. M., welche bereits in den Schatzkassen der Landwirtschaft und Industrie enthalten sind, auf rund 60 Mill. M. an Tabaksteuererhöhung und an Erhöhungen an Finanzzöllen bezieht — daß in diesem Augenblicke der Reichstag sich das Recht vorbehalten dürfe, wenn es später angemessen und möglich ist, in einer guten Finanzlage des Reiches und der Einzelstaaten dann seinerseits Erleichterungen wieder herbeizuführen an der in so großem Umfange eintretenden Mehrbelastung der Reichsfinanzen. Ich hatte damals geglaubt, daß eine solche Möglichkeit am besten dadurch ausgedrückt werden würde, daß einzelne an sich nicht ungeeignete Finanzartikel der jährlichen Bewilligung der Höhe des Budgets im Reichs- und Einzelstaaten unterworfen würden, sobald es in der Möglichkeit war, für den Reichstag bei den erwähnten Artikeln demnach eine Erleichterung einzutreten zu lassen, wenn der volle Ertrag für die Reichsfinanzen nicht erforderlich wäre. In dieser Hinsicht stimmte der Antrag Frandenstein wesentlich mit dem meinigen überein. Ich hatte zunächst Salz und Raffee als bewegliche Artikel angenommen, Fr. zu Frandenstein ebenfalls ausdrücklich Salz, sodann aber andere Artikel einer Vereinbarung vorbehalten. Grundsätzlich stimmten also hier unsere Anträge überein.

Es werden mich nun fragen, weshalb ich diesen Antrag nicht wieder einbringe gegenüber dem Antrage der Commission, welche denselben abgelehnt hatte und diesen §. 7 beschlossen hat. Die Gründe dafür sind einfach folgende: Die Frage einer solchen Beweglichkeit oder der Möglichkeit demnach durch den Beschluß des Reichstages eine Erleichterung an indirecten Steuern oder Zöllen herbeizuführen, ist keineswegs im einzelnen leicht zu entscheiden. Es ist zwar an und für sich nichts Neues; in England hat man die Einrichtung lange, es ist nicht bloß die Einkommensteuer beweglich, sodas jedes Jahr im Etat der Satz, mit dem sie erhoben wird, eingestellt wird, sondern auch die Zölle sind in großer Zahl beweglich gewesen. Bekanntlich werden in England die Zollartikel reducirt, aber in diesem

Augenblicke ist derjenige Zollartikel, welcher einen bedeutenden Betrag liefert, der Tabak, der nach der letzten Rechnung, die mir vorgelegen hat, einen jährlichen Ertrag von 80 Mill. M. ergibt, der bedeutendste Finanzposten, der vorhanden ist, auch der jährlichen Bewilligung hinsichtlich der Höhe des Zollsatzes unterworfen. Ausführbar ist die Sache immer erschienen, früher bei mehreren Artikeln, seit Jahren beim Tabak neben der Einkommensteuer. Nun ist nicht zu verkennen, welche Artikel man hier dazu auswählt, in welcher Höhe sich diese Summe bezieht, welche diesen Ertrag liefern müssen.

Die weitere Frage, ob man die Beweglichkeit einführen soll bei diesen Artikeln oder bei einem oder dem andern derselben jährlich im Etat, oder die Frage, ob für andere Artikel hinsichtlich dies oder jenes die Bewilligung für mehrere Jahre eintritt, — alle diese Fragen hinsichtlich der Verbindung der Beweglichkeit solcher Artikel für ein oder mehrere Jahre für die Höhe des Budgets sind jedenfalls sehr schwer zu erörtern, und eine Verständigung darüber zu versuchen, hat meiner Meinung nach nur einen Zweck, wenn über den Grundsat, daß man eine solche Beweglichkeit als Recht dem Reichstage einräumen will und eine derartige Beweglichkeit der Reichstag jedes Jahr im Etat, sei es im Turnus oder überhaupt für mehrere Jahre herstellen soll. Ein Einverständnis der Reichstagsfractionen in der Mehrheit ist vorhanden und auch gewisse Aussicht, daß mit der Regierung auf diesem Grundsatze ein Abschluß erfolgen kann. Ich habe mit meinen Freunden bei Beginn, als es sich um eine große Mehrbewilligung handelte, geglaubt, daß eine solche Neigung im Reichstage und bei den verbliebenen Regierungen vorhanden sein würde. Der Verlauf der Verhandlungen in der Commission hat uns aber eines andern belehren müssen. Ausdrücklich haben es die Vertreter der conservativen Parteien abgelehnt, dem Reichstage ein solches Recht zu gewähren, und nachdem das Centrum sich abgesetzt hatte, wie diese Auffassung bei den conservativen Parteien war, hat das Centrum den Antrag, welcher sich auf diese Beweglichkeit bezog, zurückgezogen, um einen andern Antrag, wie er in dem jetzigen §. 7 enthalten ist, durch die Mehrheit der Commission beschließen zu lassen. Es war also ein Beschluß der Mehrheit ganzer Parteien, und es ist zweifellos, daß auch hier im Hause die Ablehnung erfolgen würde. Deshalb haben wir nicht versucht, den Antrag in irgendeiner Formulierung wieder einzubringen. Deshalb werden wir einmüthig gegen den §. 7 und auch gegen das ganze Tarifgesetz stimmen. Dieser Paragraph hat eine ganz grelle Beleuchtung gefunden, und die ganze Situation, aus der er hervorgegangen ist, die Verbindung der beiden conservativen Parteien und des Centrums durch den gleichzeitigen Austritt dreier Minister des preussischen Staates, namentlich des Cultusministers.

Zu diesen gleichzeitigen Vorgängen mit einer Combination zwischen den conservativen Parteien und dem Centrum, aus welcher die Entschliegung des Centrums hervorging, die Finanzzölle zu bewilligen, der Entschluß des Reichstages, diese sogenannten föderativen Garantien zu bewilligen — diese Combination ist allen Parteien im Hause, den Mitgliedern des Bundesrathes, auch den Mitgliedern des preussischen Ministeriums ganz unerwartet gekommen — tritt nun hinzu dieser gleichzeitige Austritt dreier Mitglieder des preussischen Staatsministeriums, speciell des Cultusministers. Das ist ja gar nichts Ungewöhnliches, daß sich namentlich an ein solches Zusammentreffen von Verhältnissen, an eine so ganz unerwartete neue politische Situation im Reichstage und der Reichstagsmehrheit zur Regierung, daß sich daran sehr weitgehende Hoffnungen auf der einen Seite, Befürchtungen auf der andern Seite geknüpft haben. Meine Freunde und ich werden mit Ruhe und Festigkeit abwarten, welchen Erfolg diese Dinge haben. Sie werden mir aber darin recht geben, daß es nicht möglich ist, diese Verhältnisse in ihrem Zusammenhang bei Gelegenheit des §. 7 in dem Tarifgesetze näher zu erörtern, und ich verzichte deshalb darauf.

Was nun im übrigen die Bedeutung dieses §. 7 an sich auf dem Boden der Reichsverfassung im Verhältnis von der Reichsgewalt zu den einzelnen Staaten anlangt, so bin ich kein Freund von Uebertreibungen und von großen Worten, und es wird mir deshalb nicht einfallen, zu sagen, daß durch die Annahme dieses Paragraphen die Grundlage der Reichsverfassung erschüttert werde, daß die Reichsverfassung in ihren hauptsächlichsten Wurzeln zerstört sei nach Annahme eines solchen Paragraphen; aber so viel darf ich doch behaupten, daß, wenn dieser Paragraph angenommen wird, daß dann das Verhältnis der Reichsgewalt zu den einzelnen Staaten verändert, daß die Stellung des Reichstages zur Vertretung in den einzelnen Ländern verschoben wird, und daß insoweit allerdings eine Beschädigung der Reichsverfassung durch Annahme dieses Antrages eintritt, als die bei Begründung der Reichsverfassung nur sehr vorläufig, und eben ausreichend ausgestattete Reichsgewalt auf diesem finanzpolitischen Gebiete eine Einschränkung und Verkümmerung ihrer Rechte erfährt. Meine Herren! Daß diese Bestimmung eine Aenderung der Reichsverfassung enthält, das ist auch vom Herrn Referenten anerkannt worden, obwohl es zunächst so schien, nach der Erörterung des Paragraphen, als ob dies eine ganz harmlose und gewissermaßen selbstverständliche Bestimmung wäre, sodas, wenn das richtig wäre, derselbe an und für sich eine Aenderung der Verfassung kaum enthalten könnte. Näher erörtert ist diese Frage in der Commission nicht worden, weil sich an dem Tage, wo ich meinen Antrag damals begründete und auch eine Aenderung der Verfassung darlegte, bei der Motivirung meines Antrages bereits eine Verständigung sich ergeben hatte, zwischen den Vertretern der conservativen Parteien und des Centrums, und die Herren sehr große Eile hatten, dieses ihr Ergebnis der Verständigung sicher unter Dach und Fach zu bringen, so große Eile, darin kann ich den Vortrag des Herrn Referenten ergänzen, daß bei diesen Verhandlungen, wo es sich um das Verhältnis der Reichsgewalt zu den einzelnen Staaten, und die Art und Weise,

n.
en
Anstalten,
at man im
ar mit dem
nd Archi-
[1886]
a/S.
vorigliche
on. an den
nm. Stein-
stages und
ern Räume
erinspector.
it ununter-
and Nacht)
rfe, Pascha,
u. Khem.
Angustines,
ner Bahnh,
hen Bahnh,
Mühlgasse,
Weststraße,
st. Steinh,
nd. Bahnh,
elegraphen-
gebietsdienst.)
ffn. v. st.
Tage 1 Mt.
Pf.
sischen
rache,
stalt thätig-
tliche Oftern
schen oder
ten. Adres-
Budolf
(1875—77)
Anstalt.
6. Mainz,
(1860—65)
hten.
Datik in
in Dabler
der Oswald
che Diehle
Dr. med.
f. C. Müller
eister in
taender
g in Leipz
mann. —
mit Fr.
M. B. in
bach aus
5. — Fr.
Leipzig mit
hard Hof
mann aus
in Leipz
Adjutant
Sohn. —
in Fran-
e. Scharfe
r in Leipz
in Leipz
rig, ge-
g. — Fr.
ran Kar-
in Leipz

wie etwa die 110 Mill. mehr im ganzen verwendet werden sollen, wo es sich um große Fragen handelte, die Mehrheit der Commission gar nicht abgeneigt war, über diese Frage sofort in einmaliger Abstimmung definitiv zu beschließen, obwohl man vorher bei Beginn der Beratung über jedes auch das kleinste Tarifgesetz, wo es sich nur um wenige Tausende handelte, eine zweimalige Beratung einleiten zu lassen beschloffen hatte, also ohne diesen ungewöhnlichen Gegensatz von richtigen und unrichtigen Gegenständen zu machen, schien man doch eine gewisse Scheu zu haben, und schließlich wurde auch hier beschloffen, daß eine nochmalige Beratung stattfinden solle, die eine gewisse Veränderung an dem ursprünglichen Antrage Frandenstein hervorgebracht hat. Daß hier Änderungen bedeutsamer Art vorliegen, kann nicht bezweifelt werden. In §. 70, Kap. 12 der Verfassung ist vorgeschrieben, daß das Reich seine Ausgaben bestreiten soll, in jedem Jahre ein Etatgesetz aus den Ueberschüssen der Vorjahre, aus den Einnahmen des Post- und Telegraphenwesens und endlich aus den Erträgen der Zölle und Verbrauchssteuern. Matricularbeiträge sollen nach diesem Artikel gewissermaßen zur Deckung des fehlenden Ueberschusses über die Ausgaben erhoben werden können. Ueber die Bedeutung dieses Artikels haben ja damals längere Discussionen stattgefunden.

Die Bedeutung, welche die Matricularbeiträge nach den Intentionen derjenigen, welche die Reichsverfassung beschloffen haben, erlangen sollten, ist bekannt. Die Matricularbeiträge sind als ein Nothbehelf betrachtet worden, bis das Reich genug Einnahmen aus Zöllen und Verbrauchssteuern hätte. Ueber das Ungerühm dieser Einrichtung und über das Bedenkliche der ganzen Form dieser Steuererhebung ist wiederholt gesprochen worden. Der Frandenstein'sche Antrag will nun in dem Moment, wo wir im ganzen über 100 Mill. bewilligen, wo die Matricularbeiträge ohne die Zuzahlung der süddeutschen Staaten 72 Mill. betragen, wo also die Matricularbeiträge künftig überflüssig sein würden, dieselben conserviren. Nach der Ueberweisung von 80 Mill. würden vielleicht noch einige 20 Mill. übrigbleiben von den jetzt neu bewilligten Mitteln. Diese wenigen Millionen werden nicht ausreichen, um in der Reichskasse verbleibend die Matricularbeiträge überflüssig zu machen; also dadurch, daß vier Fünftel von den neuen Mitteln nicht der Reichskasse zugewiesen werden, sondern den Einzelstaaten, wird es nötig, die Matricularbeiträge beizubehalten. Das ist das Gegentheil von dem, was Art. 70 der Verfassung vorschreibt, das geht auch hervor aus Kap. 6 — über das Zoll- und Handelswesen. Hier war die Vorschrift enthalten, daß die Einzelstaaten einen Theil der Verbrauchssteuern, speciell von Salz und Acker, allgemein bei Bier und Branntwein, mit Vorbehalt der süddeutschen Staaten an das Reich abtreten; außerdem ist dem Reiche zugewiesen die Erhebung sämtlicher Zölle. Diese Einnahmequellen — die also bis dahin den Einzelstaaten gehört hatten — wurden in der Reichsverfassung, speciell in Kap. 6 über Zoll- und Handelswesen, dem Reiche überwiesen, und es lag darin gerade die finanzpolitische finanzielle Ausstattung des Reiches, allerdings noch nicht vollständig genügend, weil die Einnahmen nicht groß genug waren, um alle Ausgaben zu decken, aber soweit, daß sie einen erheblichen Theil deckten und bei einer weiteren Erhöhung sämtliche Ausgaben im Laufe der Zeit zu decken vollständig im Stande waren.

In den betreffenden Paragraphen in dem von mir erwähnten Kapitel war im Art. 35 zunächst über dieses Verhältnis gesagt, daß das Reich ausschließlich die Gesetzgebung haben soll über das gesammte Zollwesen und über die Besteuerung der von mir erwähnten Artikel, diese Bestimmung, das erkenne ich an, wird an und für sich nicht alterirt. (Abg. Windthorst: Hört!) Diese Bestimmung wird nicht alterirt, ich wiederhole es, Dr. Abg. Windthorst, dadurch, daß §. 7 von der Commission aufgenommen ist. Die Gesetzgebung auf diesem Gebiete bleibt also auch noch künftig dem Reiche und das — auf die Frage komme ich vielleicht später noch — hat insofern noch ein Interesse als auf demselben Wege, wie dieser §. 7 entstanden ist, in gelegener Zeit §. 7 wird beseitigt werden können. (Sehr richtig! Bravo! links.) Art. 38 enthält nur die Vorschrift, und die wird durch den §. 7 ganz entschieden abgeändert, er lautet: „Der Ertrag der Zölle fließt in die Reichskasse und besteht aus der gesammten von den Zöllen und den übrigen Abgaben aufgetragenen Einnahmen nach Abzug“... Dann kommen die Abzüge wegen der Bewilligungen, wegen der Rückerstattung und wegen der Erhebungs- und Verwaltungskosten, für welche in einzelnen Ländern, da ihnen diese Kosten zur Last fallen, eine bestimmte Vergütung ausgesetzt ist. Abgesehen von diesen Abzügen soll der Ertrag in die Reichskasse fließen. Würde dies durch den §. 7 nicht geändert, so würde Reichstag und Bundesrath über die neuen Bewilligungen die Verfügung behalten. Die Matricularbeiträge würden überflüssig werden, und in den nächsten Jahren wahrscheinlich noch erhebliche Beiträge den Einzelstaaten zu überweisen sein.

Nun sollen die Ueberweisungen direct an die Einzelstaaten erfolgen und die Matricularbeiträge beibehalten werden. Es könnte ja nun scheinen, als wenn das eine Art Rechnungswirtschaft wäre; aber wenn man nur diese Seite im Auge behält, so huldigt man mehr der Auffassung eines Calculators als der eines Politikers. (Sehr richtig! links.) Die Angelegenheit hat einen sehr erheblichen politischen Hintergrund. Das haben bis vor drei Wochen auch die conservativen Parteien anerkannt, ebenso wie der Herr Reichskanzler. Immer sprach man davon, das Reich auf eigene Füße zu stellen, daß das Reich mit eigenen Einnahmen so weit ausgestattet würde, um seine eigenen Ausgaben zu decken. Meine Herren! Seit Jahren ist das ein fester politischer Plan, daraus hervorgehend, daß es nicht gleichgültig ist in einem Bundesstaate, ob die Reichsgewalt selbst mit den nötigen Finanzmitteln ausgestattet ist aus Finanzquellen, welche ihr überwiesen sind und nur für sie fließen, oder auch, ob sie auf den guten Willen und allerdings verfassungsmäßigen Anspruch angewiesen ist, das Geld, das ihr fehlt, von den Einzelstaaten zu erheben, wie der Herr Reichskanzler in einer Sitzung im vorigen Jahre bei Gelegenheit der Tabaksteuer noch sagte, es sei bei den Ländern der einzelnen Staaten einzufordern, während doch die so wichtig stehende Quelle der indirecten Steuern das Reich unter Verschluss hält. Meine Herren, diese Stellung sämtlicher Parteien zur Frage der Beseitigung der Matricularbeiträge und zur Selbständigmachung des Reiches auf dem Gebiete der Reichsfinanzen hat nun einen sehr entschiedenen

starken Ausdruck noch gefunden in diesem Jahre in einer Rede des Herrn Reichskanzlers am 2. Mai. Ich mache noch darauf aufmerksam: als diese Rede gehalten war, da bestand schon die Verbindung der Schutzölle und Finanzzölle in dieser Vorlage, da hatten die verschiedenen Parteien hier im Hause schon Gelegenheit gehabt, beim Etat und bei früheren Verhandlungen sehr deutlich über ihre Stellung zu der ganzen Vorlage, zu den Finanzprojecten des Kanzlers sich auszusprechen; also noch in diesem Jahre, in einer Situation, die ich schon ziemlich deutlich markirt habe, hat der Herr Reichskanzler in einer Rede am 2. Mai noch Folgendes gesagt, und Sie gestatten mir wol, daß ich ein paar Sätze von seiner Aeußerung, die gerade auf die erstrebte finanzielle Selbständigkeit und die Matricularbeiträge sich beziehen, hier verlese. Der Herr Reichskanzler sagte damals wörtlich: „Das erste Motiv, welches mich in meiner politischen Stellung als Reichskanzler nötigt, für die Reformen einzutreten, ist das Bedürfnis der finanziellen Selbständigkeit des Reiches.“ (Hört, hört! links.) „Dieses Bedürfnis ist bei der Herstellung der Reichsverfassung schon anerkannt worden.“ (Hört, hört! links.) „Die Reichsverfassung setzt voraus, daß der Zustand der Matricularbeiträge ein vorübergehender sein werde, welcher so lange dauern solle, bis Reichssteuern eingeführt wären.“

Dann kommt Fürst Bismarck auf eine Aeußerung des Abg. Miquel, der damals die Matricularbeiträge sehr abfällig beurtheilt hatte, und fährt fort: „Gewis ist es für das Reich unerwünscht, ein lästiger Kostgänger bei den Einzelstaaten zu sein, ein mahrender Gläubiger, während es der freigelegte Vorkörper der Einzelstaaten sein könnte bei richtiger Benutzung der Quellen, zu welchen die Schlüssel durch die Verfassung in die Hände des Reiches gelegt, bisher aber nicht benutzt sind.“ (Hört, hört! links.) „Diesem Zustande muß ein Ende gemacht werden, denn die Matricularumlage wirkt ungleich.“ Ferner: „Die Consolidation des Reiches, der wir ja alle zustreben, wird gefördert, wenn die Matricularbeiträge durch Reichssteuern ersetzt werden.“ (Hört, hört! links.) So also sprach Fürst Bismarck vor zwei Monaten, so haben wir es alle seit Jahren erstrebt, und nun geschieht das Gegentheil von alledem, ja noch mehr, es sollen die Matricularbeiträge für alle Zukunft dauernd festgesetzt werden, sie sollen künftig ein normaler dauernder Bestandteil der Reichsverfassung werden. Der Antrag Frandenstein spricht von 130 Mill. M. als dem Ertrage der Zölle; in seinem ersten Antrage sprach er von 108, zwischen der ersten und zweiten Lesung in der Commission ist diese Ziffer erhöht worden. Dem Reiche werden 22 Mill. zugewiesen, die Matricularbeiträge von 72 Mill. können daher auf 50 Mill. reducirt werden. Diese sollen stabil werden, obgleich sie der Kanzler und die Mitglieder der Verfassung seit Jahren haben beseitigen wollen. Die Sache liegt so, und da fragt man denn namentlich gegenüber dem so entschiedenen Verhalten des Kanzlers und seinem Verhalten noch im Mai dieses Jahres, was ist denn eigentlich vorgekommen und wie ist es möglich, daß hier eine solche Bestimmung von den conservativen Parteien und von dem Reichskanzler zustande kommen soll, die das Gegentheil von demjenigen enthält, was man bislang in der Verfassung hatte und anstrebte? Im vergangenen Jahre war es die Absicht, durch Finanzzölle eine Bewilligung von 130 Mill. über dieses darunter herbeizuführen, und war damals von Schutzöllen gar nicht die Rede, vielleicht nur von mäßigen Eisenzöllen. Die neue Vorlage vereinigt Schutz- und Finanzzölle. Diese Vereinigung hat eine Verschärfung der Mehrheit zur Folge gehabt; diese Mehrheit wird jetzt durch die beiden conservativen Parteien und das Centrum gebildet. Das letztere allerdings mit der nächsten Bewahrung, diese Mehrbelastung an Finanzzöllen und Tabakzöllen jetzt dem Reiche aufzulegen.

Wenn man ganz richtig gehen wollte in der Erreichung dieser sämtlichen Gesetze, dann könnte man von der bisherigen Combination absehen und auf die von mir erwähnte Combination eingehen, wenn das Centrum bereit wäre, Selbstbewilligungen zu machen, die es seit Jahren abgelehnt hat. Nun war doch für die Schutzölle ohne Hilfe des Centrums längst die Mehrheit gesichert. Auch über die Tabaksteuerfrage wäre eine Einigung leicht zu erreichen gewesen. Es handelte sich nur um die Finanzzölle von etwa 30 Mill., und wegen deren soll der §. 7 dem Centrum zugestanden werden. Das ist unbegreiflich. Erheblich höhere Beträge hat der Bundesrath dadurch gefährdet, daß er uns nicht am ersten Tage, wo wir zusammen waren, ein Sperrgesetz auf Tabak und die allerwichtigsten Finanzartikel vorgelegt hat. Um diese 30 Mill. sich in so eclatanten Widerspruch mit der Vergangenheit zu setzen, ist mir nicht vollständig verständlich, weshalb. Die politische Bedeutung des Antrages ist auch aus der Aenderung in der Commission ersichtlich. Nehmen Sie ferner das Verhalten des Centrums in der Commission, Presse und sonstigen Erklärungen, welchen Werth sie auf diese Aenderung legen. Das Centrum hat das Bewilligungsrecht des Reichstages durchaus nicht geringgeschätzt, viel höher steht ihm aber der föderative Paragraph. Wir werden nun abwarten haben, wie weit Erleichterungen in den Einzelstaaten eintreten werden. Denn die unteren Klassen werden doch entschieden durch die Vermehrung der indirecten Steuern verhältnismäßig hoch getroffen. Wenn demnach sich die Schädlichkeit des §. 7 herausstellen wird, werden wir soviel als möglich behilflich sein, ihn aus der Welt zu schaffen; die Reichsgewalt mag sich für stark genug halten, die gefährlichen Wirkungen des Paragraphen zu ertragen. Was im nächsten Jahre vor uns steht, kann in diesem Augenblick niemand voraussagen. Aber eine vollständig feste Leitung der Finanzen haben wir nicht, ein vollkommener Zusammenhang der Reichsfinanzen mit den Finanzen Preußens ist noch nicht angebahnt. Also auf diesem Gebiet verspreche ich mir für die nächsten Jahre auch nichts Heißes. Wenn wir alle diese Dinge zusammen betrachten, werden Sie mir und meinen Freunden recht geben, daß wir den §. 7 nicht mitmachen können, und Sie werden es mir nicht verargen, wenn ich, nachdem Sie einen solchen Beschluß angenommen, auch gegen den ganzen Tarif stimme. (Beifall links.)

Abg. Dr. Friedenthal:

Meine Herren! Als der Abg. v. Bennigsen in der soeben gehaltenen Rede (Rufe: Lauter!)... Meine Herren! Wollen Sie die Bitte haben, mich anzuhören, Sie werden mich vom Platze aus verstehen, wenn Sie nur die Gewogenheit haben wollen, einige Ruhe zu halten — einiger meiner Collegen und meiner gedachte, war ich, durch Amts-

geschäfte verhindert, noch nicht im Hause. Mit der Genehmigung des Herrn Präsidenten ist mir der uncorrigirte stenographische Bericht vorgelegt worden und ich habe aus demselben gesehen, daß diese Erwähnung an zwei Stellen geschah. Zunächst sagte Dr. v. Bennigsen: „Meine Herren! Dieser Paragraph und die ganze Situation, aus der hervorgegangen ist, die Verbindung der beiden conservativen Parteien und des Centrums, hat ja, ich möchte sagen, eine ganz grelle Beleuchtung gefunden durch den gleichzeitig erfolgten Austritt dreier Minister des preussischen Staates, namentlich des Cultusministers.“

Weiterhin sagt Dr. v. Bennigsen: „Meine Herren! Zu diesen gleichzeitigen Vorgängen mit einer Combination zwischen den conservativen Parteien und dem Centrum, aus welcher hervorging die Entschliessung des Centrums, die Finanzzölle und das Tabaksteuergesetz zu bewilligen, der Entschluß der Conservativen — angeblich unter Zustimmung des Reichskanzlers — dieses Gesetz mit den von dem Herrn Referenten bezeichneten sogenannten föderativen Garantien zu bewilligen — diese Combination ist im vorigen Monat, wie ich wol behaupten darf, allen Parteien hier im Hause, den Mitgliedern des Bundesrathes, auch den Mitgliedern des preussischen Ministeriums ganz unerwartet gekommen — tritt nun hinzu dieser gleichzeitige Austritt dreier Mitglieder des preussischen Ministeriums, speciell des Cultusministers“ etc. Daß der Deutsche Reichstag nicht diejenige Stelle ist, an welcher ich zu erörtern habe, ob und aus welchen Gründen ich mich hätte genöthigt sehen können, an Sr. Maj. den König von Preußen, meinen allergnädigsten Souverän, in meiner Eigenschaft als preussischer Beamter ein Gesuch zu richten, welches meine amtlichen Verhältnisse betrifft, versteht sich von selbst, und ich glaube der ungeheilten Zustimmung des Hauses sicher zu sein, wenn ich mich dessen enthalte. (Zustimmung.) Um aber für alle Zeit authentisch Irrthümer auszuschließen, welche sich an die Bemerkung des Dr. v. Bennigsen knüpfen und immer weitere Kreise ziehen könnten, bin ich gezwungen, Folgendes zu erklären: Ich fühle mich nicht veranlaßt, in diesem Moment sachlich den Antrag des Abg. v. Frandenstein zu charakterisiren, ich fühle in diesem Augenblicke keinen Beruf hierzu. Dieser Antrag aber hat zu etwaigen Entschliessungen vorbezeichneter Art bei mir auch nicht im allermindesten beigetragen, und ich werde für denselben stimmen. (Hört, hört!) Im Namen der Herren Dohrecht und Dr. Falk eine Erklärung abzugeben, bin ich nicht legitimirt. Was aber meinen Freund Dr. Falk betrifft, so kann ich prognosticiren, daß er sich auch in dieser Abstimmung nicht von mir trennen wird. So viel ein für allemal zur Steuer der Wahrheit! (Bravo! rechts.)

Abg. v. Kardorff bestritt die politische Bedeutung, die der Abg. v. Bennigsen dem §. 7 gegeben:

Das verfassungsmäßige Recht des Art. 70, die Matricularbeiträge seinerzeit durch Reichssteuern zu beseitigen, bleibt bestehen. Wir haben diesen Zweck allerdings schon jetzt verfolgt, aber die national-liberale Partei hat uns daran gehindert. Sie haben uns an der Erreichung unsers Zweckes dadurch gehindert, daß Sie an Ihre Zustimmung zu unserm Antrage die Bedingung des variablen Kaffee- und Salzjollens geknüpft haben. Kein Leiter des Reiches, und wäre es der Abg. v. Bennigsen selbst, wird die Entschliessung, so vitaler Lebensfragen des Reiches in die Hände einer Majorität legen können, welche durch zufällige Stimmen der eifässen Protektoren, der Polen und Socialdemokraten gebildet werden kann. Wenn hier wirklich eine parlamentarische Majorität gebildet werden sollte, so braucht diese doch noch immer nicht in den Reichstag, sondern sie kann auch in die Einzelanträge verlegt werden. Es ist viel gefährlicher, dem Reichstage ein solches Recht zu geben, einer Körperschaft, die auf allgemeinen directen Wahlen beruht, der das Gegengewicht eines Oberhauses fehlt. Bei der von uns angestrebten Beseitigung der Matricularbeiträge haben wir Ziele im Auge gehabt, die wir vollständig erreicht haben. Die Ungerechtigkeit, welche in der Erhebung der Matricularbeiträge nach der Kopfzahl liegt, ist beseitigt, wenn die Vertheilung nach demselben Maßstabe erfolgt. Die Erleichterung der Finanzlage der Einzelstaaten, um dadurch die Unzufriedenheit der Bevölkerungsklassen über den wachsenden Steuerdruck zu vermindern, wird wenigstens in gewissem Maße erreicht. Dieselben Beschuldigungen, welche jetzt die National-Liberalen wegen unsers Nachgebens gegen uns erheben, haben sie von der Fortschrittspartei bei den Justizgesetzen und bei dem Socialistengesetze erfahren. Der Abg. v. Bennigsen hat auch auf die Verbindung mit dem Centrum hingewiesen, welche den Tarif hauptsächlich gestützt habe. Wenn das Zusammengehen mit dem Centrum es uns erleichtert, den modus vivendi zwischen Staat und Kirche zu finden, so ist der materielle Vortheil, den der Tarif in meinen Augen gewährt, hinfanzuweisen gegen den wirklichen politischen Vortheil eines solchen Friedens. (Beifall; Sehr gut! rechts.) Der Antrag, der jetzt als §. 7 erscheint, erhält den Status quo. Es handelt sich bei ihm lediglich um eine formale Rechnungsmethode (Lachen links). Die Bedenken, welche der Abg. v. Bennigsen bezüglich der föderativen Tendenzen geäußert hat, sind ganz unbegründet gegenüber den starken Einheitsbänden, welche die Einzelstaaten an das Reich fesseln. Ich kann Ihnen demnach mit bestem Gewissen den §. 7 zur Annahme empfehlen. Wenn er in dem Sinne interpretirt werden könnte, wie sie von manchen Stellen der Presse angedeutet worden sind, Zertrümmerung des Reiches etc., dann würde ich mich eher in Stücke reißen lassen, ehe ich dem Antrage meine Zustimmung gebe. (Beifall.)

Abg. Dr. Bessler hat gegen die einzelnen Positionen des Tarifs stimmen müssen und seine Ansichten inzwischen nicht ändern können:

Eine solche Finanzpolitik, wie sie heute in der Luft liegende Strömung wolle, sei unchristlich, unvernünftig, culturfeindlich. (Oho!) Das sei die Politik, die einst in Amerika den Sezessionskrieg heraufbeschwor, die auch bei uns, wenn sie weitem Boden gewinnt, Unheil und Noth stiften kann. Wenn Dr. v. Kardorff frage, ob man einem Reichstage, dessen Mehrheit ja auch einmal socialdemokratisch sein könne, die finanzielle Erziehung des Reiches in die Hand legen dürfe, so sei zu entgegnen: Wenn man im Reichstage die Verkörperung des Reichsgedankens setzen will, dann muß man ihm auch die Rechte und Vorzüge begeben, die dieser hohen Aufgabe angemessen sind. Zu

einer „Rei... die Hand... die Hölle... nicht forme... halb nach... betrachtet... gegen den... Compromi... sultat der... Frandenst... calarismus... „Principl... larismus... laub den... verath tre... welche Ent... und man... des Reich... fahren geb... freund! (P... Die Politi... (Große De... hat um de... Hoheitbre... du dieses... du blinbli... isten, dan... sorgfältiger... nicht. Ich... Reich... Wenn... gewöhnt ist... Stellung zu... jemand im... man eine... schlägt, ber... einzelnen... kerung wen... diesem Sta... welche Ent... bedarf, zu... soviel an... Finanzen in... wie die Ein... diaten Anfo... bisher nich... und den... Zustand der... Finanzen k... sich hier ba... mir die T... als ob ich... einem Reich... ist fingirt... Nach de... unerhörte... links: Nor... mich nicht... entständen... sichten zu... Ihnen dar... ungeteilt... wo sich die... erheben w... der Wagen... lassen. D... unter sich... reichende... sind, noch... an der Ref... vielfach für... großer Mü... meiner Schw... teiten der... abzuhefen... ja bekannt... soweit mein... nicht von... Versuch gel... einem Unt... Vorschläge... Versuch, un... Ich habe m... Gedanken e... und empfä... zum Ziele... von liberal... geboten wor... Vorschlag... Regulation... ja von her... proclamiren... nicht möglich... die Regierung... Gegentheil... Wenn m... ruhe im Re... gange würd... wenn ich p... Fortschritt... persönlichen... weit es die... mich schon... der Herr d... ich mich be... Meine G... als Prohibi... Nichttreue... im Begriff... ich habe mi... am letzten... der Wege, m... habe, daß... gehen könne... von sehr be... die Neben u... den Petrole... Pflichtgefühl... Wege nicht

einer „Reform“, wie sie die Vorlage bietet, könne er nicht die Hand bieten. Durch die Art und Weise, wie §. 7 über die Zollüberschüsse disponirt, sei die Reichsverfassung, wenn nicht formell, so doch materiell geändert, und es müsse deshalb nach Art. 78 der Verfassung der Tarif als abgelehnt betrachtet werden, wenn sich im Bundesrathe 14 Stimmen gegen denselben erklären. Er wolle nicht in das Detail der Compromißverhandlungen eingehen, doch nenne er das Resultat derselben eine Degradation des Reiches. Der Antrag Frankenstein werde den mittel- und kleinstaatlichen Particularismus von neuem erstarren lassen. Hier heiße es: „Principis obsta!“ Denn wenn man unter dem Particularismus nicht die Richtung verstehen wolle, die in Deutschland den Status vor 1866 wiederherstellen und also doch vertrat treiben wolle, so könne man doch nie voraussehen, welche Entwidlung der Particularismus nehmen werde, und man müsse sich also hüten, die Einzelstaaten auf Kosten des Reichsgedankens zu rücken. Angesichts solcher Gefahren gebe es nur Eine Wahl: Reichsfeind oder Reichsfreund! (Abg. v. Ossenbach: Sehr richtig! Weiterkeit.) Die Politik des Herrn Reichskanzlers verstehe ich nicht. (Große Heiterkeit, in die der Reichskanzler einstimmt.) Er hat um den dürftigen Preis der Finanznöthe ein großes Dohrrecht des Reiches aufgegeben. Hier heißt es: Wollt du dieses Räthsel der Sphinx zu lösen suchen oder folgst du blindlings? Wollen Sie und können Sie das Räthsel lösen, dann folge ich Ihnen. Kann ich nicht folgen nach sorgfältiger Erwägung, mit klarer Einsicht, dann folge ich nicht. Ich muß gegen den Tarif stimmen.

Reichskanzler Fürst v. Bismarck:
Wenn man jahrelang nur an praktische Beschäftigung gewöhnt ist, so wird es einem schwer, sich vorher eine Vorstellung zu machen von allen den Schwierigkeiten, mit denen jemand im deutschen Parlament zu kämpfen hat, wenn man eine einfache, praktische wirtschaftliche Maßregel vorschlägt, deren Nothwendigkeit in ihrer Gesamtheit oder in einzelnen Abschnitten von der großen Mehrheit der Bevölkerung wenigstens absolut anerkannt ist. Ich habe mir in diesem Stadium meines dauernden Bestehens seit 18 Jahren, die deutsche Einheit herzustellen, oder wenn sie dessen bedarf, zu fördern und zu konsolidiren, die Aufgabe gestellt, fobial an meinem Theile ist mitzuwirken, daß die deutschen Finanzen in einen Zustand gelangen, daß das Reich sowohl die Einzelstaaten in der Lage kommen, den nothwendigen Anforderungen unserer Budgets zu genügen, was bisher nicht der Fall war. Sie haben aus den Vorlagen und den Andeutungen aller bedeutendern Bundesstaaten den Zustand der Reichsfinanzen und der gesammten deutschen Finanzen kennen gelernt. Der ganze Streit, um den es sich hier handelt, macht mir den Eindruck — allerdings liegt mir die Theorie in meiner praktischen Thätigkeit fern — als ob ich spreche von einem schwarzen Tuchrock, oder von einem Rod von schwarzem Tuch. Jeder weitere Unterschied ist fingirt und widerspricht der Sachlage.

Nach der Art, wie bei uns die Erregung durch eine unerhörte und verlogene Praesentation gesteigert ist (Auf links: Norddeutsche Allgemeine! Weiterkeit), wundere ich mich nicht, wenn im Publikum falsche Ansichten darüber entstanden sind, und ich will mich nicht bemühen, diese Ansichten zu widerlegen, sondern ich will nur meinen Weg vor Ihnen darlegen. Wir befinden uns hier in der Lage, etwa umgekehrt, wie in der bekannten Fabel des Menenius Agrippa, wo sich die Glieder beklagen und den Magen nicht mehr ernähren wollen, weil er doch nichts thäte, hier weigert sich der Magen, seine Thätigkeit den Gliedern zukommen zu lassen. Das Reich hat alle Hauptquellen der Finanzen unter sich, es hat sich aber bisher wenigstens, eine hinreichende Zahl, wovon nach unserer Bewilligungen abhängig sind, noch nicht geeinigt über diese Quellen. Ich arbeite an der Reform der Steuern in meiner Stellung, die ja vielfach für einflußreicher gehalten wird als sie ist, mit großer Mühe, im Kampfe gegen die Schwierigkeiten, die in meiner schwachen Gesundheit liegen, gegen die Schwierigkeiten der Fraktionen, um unserer finanziellen Nothlage abzuhelfen; aber seit v. d. Seydt, dessen Vorlagen Ihnen ja bekannt sind, ist jeder Versuch dazu von mir ausgegangen, soweit meine Geschäfte mir dazu Zeit ließen — ich bin ja nicht von Haus aus Finanzminister — und jedesmal ist der Versuch gescheitert. Ich habe also nicht etwa aus irgend-einem Hintergedanken, den ich nicht aussprechen wollte, Vorschläge gemacht, sondern einen hausbackenen, praktischen Versuch, unsere Finanzen auf einen besseren Fuß zu bringen. Ich habe mich dabei jeder Aenderung, sobald sie nur den Gedanken einer ernsthaften Mitwirkung erkennen ließ, offen und empfänglich gezeigt und geglaubt, wir würden leichter zum Ziele kommen als es der Fall war. Es ist mir aber von liberaler Seite nicht in dem erwarteten Maße die Hand geboten worden, und heute liegt ja von liberaler Seite kein Vorschlag vor zur Lösung der Finanzfrage als die reine Negation. (Widerspruch links.) Ja wohl, das haben wir ja von hervorragenden Mitgliedern der Fortschrittspartei proclamiren hören, und die Fortschrittspartei hat es noch nicht möglich gemacht, eine positive Meinung zu haben, bis die Regierung eine ausgesprochen hatte — dann sagt sie das Gegentheil davon. (Weiterkeit.)

Wenn neulich ein Redner dieser Partei sagte, die Unruhe im Reiche kommt von mir her, und nach meinem Abgange würde alles gut und ruhig werden, so könnte ich, wenn ich persönlich werden wollte, das viel eher von der Fortschrittspartei sagen, das wäre viel berechtigter als die persönlichen Insinuationen gegen meine Person, der ich, soweit es die schuldige Ehrfurcht gegen meinen Kaiser zuläßt, mich schon vor Jahren um Ruhe bemüht habe. Wenn aber der Herr das gesagt hat in einer ernsthaften Weise, will ich mich bemühen, nachher sein Freund zu werden.

Meine Stellung zum Antrage Frankenstein wird hier als Provokation behandelt in Bezug auf die Reichssteuer oder Nichtsteuer. Dazu haben Sie gar kein Recht, ich bin ja im Begriff, für den Antrag Frankenstein zu stimmen, aber ich habe mich dazu entschlossen, erst bedingt, definitiv erst am letzten Sonntag, nachdem ich in einer Gesammtprüfung der Wege, welche die Herren der Opposition gehen, gesehen habe, daß ich und daß die Regierungen diese Wege nicht gehen können. Die Grundgedanken außerhalb dieses Hauses von sehr hervorragenden Mitgliedern einer großen Partei, die Reden und Argumentationen namentlich neulich gegen den Petroleumzoll, nöthigen mich zurückzugreifen auf mein Pflichtgefühl gegenüber der Gesammtheit, ich kann diese Wege nicht gehen, das Reich kann dabei nicht bestehen.

Diese Ansichten kann das Reich gerade so wenig ertragen wie die socialistischen Untergrabungen; das sind Vorbereitungen dazu. (Sehr wahr! rechts.)

Ich habe daraus die Ueberzeugung gewinnen müssen, daß, wenn die Reichsregierung früher Ihre Unterstützung hatte, es nur einer geringen Anreizung bedarf, ja, wenn Sie wie jetzt in der Minorität sind, Sie dann in zornige Leidenschaftlichkeit umschlagen — ja das erschüttert das Vertrauen, das ich früher darauf hatte, mit Charakteren dieser Art zusammenzusetzen zu können. Daß die Regierung Ihre Unterstützung annimmt und Ihnen jeden Einfluß gewährt, der mit dieser Unterstützung verbunden ist — das geschieht; einen weitem Einfluß hat keine Partei zu beanspruchen. Gäbe es eine Partei mit einer geborenen Majorität, die nicht verlangte, daß der bekannte Tropfen demokratischen Deils, der für die Krönung des Deutschen Kaisers verlangt wird, ein Eimer werden soll, dann würde es freilich mit ihr anders sein als mit einer Partei, die, wenn sie mal einig ist — es ist selten genug — (Weiterkeit), doch immer nur ein Viertel der Versammlung ausmacht. Wenn ich mein Urtheil sagen darf, so kommt solcher Partei Bescheidenheit zu.

Der Redner beugt Befürchtungen für das Reich, was mich namentlich veranlaßt hat, das Wort zu nehmen, während mir in dieser Frage an der Abstimmung so viel liegt, daß ich lieber nicht geredet hätte, aus Besorgniß, das Maß vielleicht starken Angriffen gegenüber nicht halten zu können, was zur Erhaltung des Standes der Stimmen nützlich ist; aber da er, ein Mann auf dessen Mitwirkung ich seit langer Zeit habe rechnen können und den ich persönlich schätze und verehere, der Meinung ist, die Finanzhoheit des Reiches ginge dabei verloren, so bemerke ich, daß ich diese Befürchtungen für gänzlich unbegründet und aus der Luft gegriffen halte. Die Finanzhoheit des Reiches ist in der Verfassung gegründet, und keiner ihrer Paragraphen erleidet durch den Antrag eine Veränderung, auch nicht im allergeringsten. Auf die Erhaltung der Matricularbeiträge ist ja bisher von liberaler Seite stets ein besonderer Werth gelegt worden und gesagt, wenn wir auch nach der Verfassung kein Einnahmewilligungrecht haben, so haben wir es doch hierin genossen und wollen es ohne Ersatz nicht aufgeben. Ich war daher wol gefaßt, die verschiedenen Methoden zu hören, wie man constitutionelle Garantien finden könnte, ich erwartete einen national-liberalen Gegenantrag gegen Frankenstein, um die Matricularbeiträge beizubehalten, was mir im ganzen nicht erwünscht war. Es gab ja gar kein einfacheres Mittel, als daß man einen Zwangsprocent in den Reichsetat einstellte zur Unterstützung der nothleidenden Einzelstaaten, dann bliebe das Finanzrecht in der Hand des Reichstages. Es ist das ein Beweis, daß man mir unrecht thut, mich in constitutioneller Gesinnung zu verdächtigen, wenn ich dem Antrage Frankenstein zustimme. Ich bin es aber seit langer Zeit gewöhnt, daß, wenn Argumente aus der Gegenwart nicht reichen, man mich mit Argumenten aus der Zukunft bekämpft. (Weiterkeit.) Lange Jahre sollte ich auf Krieg denken, das nahm erst ein Ende, seit durch die Stellung Deutschlands zur Orientfrage, gerade vor einem Jahre, auf dem Congreß unüberdäglich bewiesen wurde, daß alle diese Insinuationen Eluge und Verleumdung waren, die nur zum geringsten Theil in Deutschland ihren Ursprung hatten.

Seitdem ist es Mode geworden, Reaction zu schreiben und den Teufel in allen möglichen Formen an die Wand zu malen. Durch dieses Verdächtigen könnte sich unter Umständen ein Minister, der schlichter ist als ich, veranlaßt fühlen, daß er gerade, um sich der Feindseligkeit dieses Verdächtigen zu erwehren, sich anlehnt da, wo er gerade im Augenblicke weniger Feindschaft findet. Ich bin nicht in dieser Lage: es ist ja auch jetzt wieder der Fall, daß in dem Wohlwollen, welches mir früher von liberaler Seite zutheil wurde, sich eine gewisse Abkühlung, eine zurückhaltende Reserve, eine gewisse Dohrheit findet, die andeutet, ich müßte Ihnen (nach links) doch kommen; ich hatte das Gefühl, daß von mir Dinge verlangt würden, die ich nicht leisten könnte. Eine Fraktion kann wol Einfluß auf die Regierung verlangen, aber wenn sie die Regierung regieren will, zwingt sie, dagegen zu reagieren. Ich hatte namentlich dieses Gefühl, als mit einer Verabredung der beiden Präsidenden in die Mitte des Reichstages eine mehrtägliche Landtagssession eingeschoben wurde, und nach dieser Anträge, die im Grunde alle Leute für sich hatten, ich glaube, aus keinem anderen Grunde, als weil ich sie eingebracht hatte, abgelehnt wurden.

Kun ist es in der innern Politik ja wol ähnlich wie in der auswärtigen, wo oft eine Regierung glaubt, diplomatisch offen rüsten zu können, ohne daß auch der andere rüstet. Aber es ist doch in der Politik, wie wenn man mit unbekanntem Reuten in einem unbekanntem Lande geht. Wenn der eine die Hand in die Tasche steckt, zieht der andere den Revolver heraus, und wenn der erste den Revolver herauszieht, schießt der andere schon, denn da kann man nicht warten, ob auch die andrerthigen Bedingungen der Nothwehr zutreffen. Ich hatte mich angegriffen oder doch verlassen gefühlt, ich hoffte aber, daß bei der Anwesenheit bei dem Socialistengesetz die disparaten Elemente sich zu einer großen Fraktion vereinigen würden; die Hoffnung hat sich nicht erfüllt, und deshalb werden Sie die veränderten Regierungen auch nicht so vertrauensvoll finden wie früher. Also die vielen Andeutungen, als hätte ich mit einer Fraktion getroffen und würde nun anders verfahren, treffen nicht zu.

Ich habe als Minister nie einer Fraktion angehört, auch nicht angehören können, ich bin successive von allen gehaßt und von einigen geliebt worden. (Weiterkeit.) Als ich 1862 preußischer Ministerpräsident wurde, da ist noch in aller Anbiederung, bis zu welchem Grade selbst von Landesfeindlichkeit Born und Haß gegen mich, und auch gegen die höhern Einflüsse, die mich hielten, sich ansahen. Ich habe mich nicht beirren lassen. Von Anfang an ist Eins mein Leitstern geblieben: Wie kann ich Deutschland zur Einigung bringen, und soweit das erreicht ist, wie kann ich die Einigung fördern und so erhalten, daß sie dauernd erhalten wird aus dem freien Willen aller Mitwirkenden. (Lebhafte Beifall.) Dahin rechne ich auch die Regierungen, und es ist ein großer Vorzug, den Deutschland vor andern Ländern mit unitarischer Verfassung hat, daß wir auch außerhalb der Einzelstaaten eine Gewalt haben, die uns schützt und hält, und die uns, wenn wir das Band zerreißen wollten, durch keine andere ersetzt werden könnte. Als wir 1866 aus dem Kriege zurückkehrten, wäre es für mich, ein-

flußreicher wie heute, ein Leichtes gewesen, ja ich habe mich dessen mit Mühe erwehren müssen, zu sagen: Preußen ist größer geworden, die Verfassung ist darauf nicht berechnet, wir müssen sie neu vereinbaren, um die intensivste Reaction mit dem Erfolge betreiben zu können, der noch von Königgrätz daran lebte. Ich habe das Gegentheil gethan und mir conservativer Freunde verleiht.

Ich habe die Inbendnität verlangt. Etwa aus Liebe zum Constitutionalismus? Ich will mich nicht besser machen als ich bin: das ist nicht der Fall gewesen. Aber wenn ich geglaubt hätte, daß eine Dictatur, ein Absolutismus in Preußen dem deutschen Einigungswerke förderlicher gewesen wäre — ich hätte unbedingt und ohne mir ein Gewissen daraus zu machen, dazu gegriffen. Ich habe mich, und zwar mit schweren Kämpfen, dagegen entschieden und gesagt: Nein, wir müssen dem Verfassungsrechte nachhambeln. Dann habe ich mit der Inbendnität zunächst mir den Druck mit den Conservativen zugezogen. Ich beraubte mich der Conservativen, und die Wege, die ich ging, um die Verfassung des Deutschen Reiches und ihre praktische Belebung eine neue Würdigung zu gewinnen, wären wahrhaftig andere gewesen, wenn die Conservativen mit mir gegangen wären.

Dazu kam der schwere Kampf, es mag auch vielfach ein Hochgefühl mit untergelaufen sein einer auf eine tausendjährige Geschichte zurückblickenden Streitfrage zwischen Staat und Kirche, Kaiser und Papst. Die Elemente dazu haben ja immer in unserm Volke gelegen und nur zeitweise geschlummert. Ich habe in diesem Conflict gekämpft mit der Lebhaftigkeit, die ich in allen Dingen habe, wo es sich um das Heil meines Vaterlandes handelt, aber auch hier waren viele Conflict durchzukämpfen. Wenn sich nun Mittel und Wege darbieten, die Schärfe der Gegensätze zu mildern, ohne die Principienfrage zu berühren, daß man sich kennen und gemeinsam an einem hohen Werke arbeiten, achten lernt, dann ist es doch nicht berechtigt, diese Wege zu verschmähen. Wenn ich nun durch von mir nicht abhängige Erscheinungen enger an die liberalen Fraktionen gedrängt wurde, als es für einen Minister oder Kanzler auf die Dauer vielleicht haltbar ist, so habe ich darum die übrigen Beziehungen zu andern Kreisen des Reiches und der Bevölkerung unmöglich aufgeben können: ich habe das in der Socialistenbeobachtung in dem Hilde von drei Bataillonen klar gelegt, leider haben sich meine Hoffnungen nicht erfüllt; die Herren, die mich früher häufig unterstützten, freilich nicht, ohne mich auch hier und da anzugreifen, sind mir gegenüber in ihrer Presse, und zwar der angesehensten, in einem Tone und in einer Weise verfahren, die mich ja vollständig begoutiren und abwenden mühte; so ist ja auch hier im Reichstage der Reichskanzler förmlich abgefangelt worden. Wäre das dem Mitgliede einer befreundeten Fraktion geschehen, so wäre es wol nicht ohne Mißbilligung der Fraktion geblieben.

Das sind Gründe, die in mir weinen frühern und ich hoffe auch zukünftigen Kampfgenossen gegenüber eine Stimmung erzeugen mühten — kühl bis ans Herz hinan. Die Regierung kann den Fraktionen nicht nachlaufen, sondern muß ihre Wege gehen, wobei sie der Unterstützung der Fraktionen ja bedarf; aber einer Fraktionsherrschaft wird sie sich niemals unterwerfen können. Durch den Austritt des Ministers Delbrück war ich genöthigt, mich mit wirtschaftlichen Fragen mehr zu befassen, und ich gewann die Ueberzeugung, daß eine Aenderung nöthig sei, und von dem Augenblicke ab habe ich die ganze Macht meines Muthes und Einflusses eingesetzt, und Sie können nicht verlangen, daß ich jetzt wegen solcher theoretischer Quisquilien, wie sie die Fraktionen trennen, mein Ideal sollte fahren lassen. Da aber von liberaler Seite diese Vorschläge kamen, so mußte ich den von anderer Seite gebrachten prüfen und fand, daß er alle die Uebelstände beseitigte, die ich bekämpfte.

Die Autonomie der Einzelstaaten wird durch den Antrag Frankenstein nicht verhärtet. Einen Unitarismus, wie ihn die Abg. Richter-Hagen und Ridert-Danzig bei ihrem Auftreten in der Commission inauguirten wollten, konnte ich nicht dulden. Mit dem Antrage Frankenstein hört doch das Reich de facto auf, der lästige Kofsgänger der Einzelstaaten zu sein, wenn mein Ideal auch für jetzt noch nicht erreicht ist. Von einer Kluft zwischen Reich und Einzelstaaten ist keine Rede, die letztern sind ja das Reich. Gerade Preußen erhebt verhältnißmäßig mehr Gelder zu Reichszwecken, als es nach der Kopfzahl nöthig hätte. Kein Verfassungsartikel, speciell Art. 36, wird durch den Antrag Frankenstein alterirt.

Hat nun der Umstand, daß der Ertrag der Kassen zuerst in die Einzelkassen floß, bisher dazu geführt, daß die Reichshoheit gefährdet wurde? In keiner Weise. Die Zölle werden nach Art. 39 in monatlichen oder vierteljährlichen Abrechnungen an den Finanzausschuß des Bundesrates übergeben. Es ist auch nicht zweifelhaft, daß der Ertrag der Zölle, wie Art. 38 vorschreibt, in die Reichskasse geflossen ist, obwohl in natura der gezahlte Thaler schwerlich jemals zur Reichskasse gekommen ist, sondern alles durch Abrechnung. Und so soll es ja auch nach dem Antrage Frankenstein bleiben. Die Ueberweisung an die Reichskasse wird stattfinden, dann an die Einzelstaaten zurückfließen, also Einlegung einer ständigen Ausgabe in das Budget. Es bedarf dabei auch nicht der Aenderung des Art. 70, ich lehne das und erwarte den Gegenbeweis. Ich kann zum Schluß die Herren nur mahnen, bei so einfachen, lästigen Ueberlegungen erfordernden Sachen nicht wie ein Stamm gegen Stamm, so jetzt Fraktion gegen Fraktion zu handeln. Ich bitte überhaupt alle politischen Hintergedanken ganz aus dem Spiele und das deutsche Interesse nicht leiden zu lassen. Die Regierungen haben sich am Sonntag verständigt; ich werde den Weg unbedingt gehen bis ans Ende, den ich für recht und gebühlich halte, mag ich nun Haß oder mag ich Liebe davon ernten — das ist mir gleichgültig! (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Windthorst:
Die Richtung, in der sich der Antrag Frankenstein hält, ist ebenso berechtigt wie der Standpunkt Besele. Particularismus in dem Sinne, daß man die Selbständigkeit der deutschen Einzelstaaten schätze, ist der Verfassung gemäß. Die Gegnerschaft des Liberalismus zeigt besten Leubdenz deutlich, die der Existenz der Einzelstaaten nicht günstig ist. Abg. v. Bennigsen hat Drn. Minister Fall erwähnt, in einem Zusammenhange, von dem es mir sehr lieb ist, daß der Dr. Minister Friedenthal dieses Phantastengemälde sofort

zerstört hat. Ich lege auch Werth auf die Erklärung des Reichskanzlers, sich erst am Sonntag für den Antrag freizugeben...

Es war bisher Rede, uns als Reichsfeinde hinzustellen, als Menschen von Bosheit und Hinterlist (Heiterkeit), und ich vertraue der Logik der Thatsachen, daß unsere jetzige, übrigens consequente Haltung ihren Einfluß nicht verfehlen wird auf andere Gebiete...

Abg. Dr. Vacker:

Die heutige Discussion ist im wesentlichen eine Auseinandersetzung zwischen dem Reichskanzler und den Parteien und den letzteren untereinander. Dabei unterlaufen aber doch verschiedene Irrthümer; Hr. Windthorst hat unrecht, wenn er behauptet, die national-liberale Partei habe seinerzeit die Finanzjölle ohne irgendwelche Garantien bewilligen wollen...

Wenn der Reichskanzler erklärt, er habe sich erst am Sonntag zur Annahme der Centrumsvorschlüge entschlossen, so steht dem entgegen, daß schon bei der Annahme desselben in der Commission es für selbstverständlich galt, daß das Centrum sich der Zustimmung des Reichskanzlers für sicher hielt...

Der Reichskanzler hat dem Wünsche Ausdruck verliehen, eine zuverlässige Majorität aus den drei Sectionen des Reichstages zu gewinnen — aber es mußte eben eine solche sein, die unbedingt seinen Schritten zu folgen entschlossen war. Er sagte selbst, eine Reihe von Parteien sei von ihm geliebt und verfolgt worden — letzteres trat stets dann ein, wenn eine Partei Widerstand, ernstlichen Widerstand in irgendeinem Punkte zu leisten wagte...

entgegen. Alle arbeiten wir hier mit derselben Selbstlosigkeit und Aufopferung an dem Besten des Reiches — es ist aber keine Unterhandlung mehr möglich, wenn die gegenseitige Achtung fehlt, wenn jeder im Reichstage Eigendünkeln muß, einer Behandlung zu verfallen, wie sie gesellschaftlich unerträglich ist und dem Reiche auch nicht zum Ansehen gereicht...

Abg. v. Delberr:

Ein geheimes Compromiß, wie es von der linken Seite uns heute vorgeworfen worden, besteht nur in der Einbindung derer, die es für vorhanden erklären. Die Finanzreform gilt uns noch keineswegs mit dieser Befestigung für abgeschlossen, Brausteuer und Spiritussteuer stehen zunächst im Vordergrund. Die Frage, ob hier eine Aenderung der Reichsverfassung vorliegt, steht für uns durchaus in zweiter Linie...

Wir leiden an einer Uebersäule des Parlamentarismus (Unruhe und Wutten links), an einem Mißbrauch des Parlamentarismus, der dem wahren Constitutionalismus nur schaden kann. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Die Bewilligung directer Steuern für das Reich ist ein Mißbrauch der Finanzhoheit des Reiches, ist kein Ausdruck des Reichsgedankens, sondern ein Ausdruck des Unitarismus!

Abg. Dr. v. Komierowski:

Vom Standpunkte des politischen Protestes der polnischen Abgeordneten gegen die politische Situation des Augenblicks kann für sie der §. 7 in seiner politischen Bedeutung keinen Werth haben; sie werden sich daher der Abstimmung enthalten.

Der Schluß der Discussion wird angenommen.

Abg. v. Bennigsen (persönlich):

Der Herr Reichskanzler hat von einer Fraktion gesprochen, die die Regierung regieren wolle, und kam dann auf den Umstand zu sprechen, daß, wie er sagte, ohne sein Bewußtsein die beiden Präsidenten des Reichstages und preussischen Landtages eine Unterbrechung der Reichstagesitzungen eintreten ließen, um die Justizgesetze im preussischen Landtage zum Abschluß zu bringen...

Abg. Dr. v. Jordanbed bemerkt ebenfalls persönlich:

Ich kann meinerseits nur vollständig bestätigen, was Hr. v. Bennigsen eben angeführt hat; ich habe damals die Sitzungen des Reichstages ausgeführt auf das Andringen und Entzagen der Präsesenten beider Häuser des preussischen Landtages, nach mehrfacher Rücksprache mit ihnen, wie lange die Sitzungen ausgeführt bleiben sollten...

Bei der Abstimmung wird zunächst das Amendement v. Barnhäuser angenommen, ebenso der §. 7 selbst. Für denselben stimmen 211 Abgeordnete, dagegen 122; 8 (polnische) Abgeordnete enthalten sich der Abstimmung. Die conservativen Parteien und das Centrum stimmen mit den eckfässlichen Protestlern geschlossen für §. 7, Fortschritt und National-Liberale sowie die Socialdemokratie dagegen. Von der Volkspartei stimmt der Abg. Hürle mit der Majorität.

Es folgt nunmehr die nochmalige Abstimmung über den Antrag Windthorst zur Gewerbeordnungs-Novelle, wonach die Ertheilung der Concession an die Schankwirthe vom Ertheilen der Communalbehörden abhängig gemacht werden soll. (Der Antrag war in zweiter Lesung mit 118 gegen 117 Stimmen angenommen worden.)

Es ist ein Antrag auf namentliche Abstimmung eingebracht, dessen Berechtigung aber die Abg. v. Bennigsen und Dr. Löwe-Vochum beweisen; die weiteren Erörterungen werden durch die Mittheilung des Präsidenten abgebrochen, daß sich nicht 50 Unterschriften

unter dem Antrage befinden. (Stürmische Heiterkeit.) Als der Präsident die Unterstützungsfrage stellt, erheben sich circa 5 Mitglieder.

Der Antrag wird darauf mit erheblicher Majorität abgelehnt.

Der Präsident schlägt nunmehr die nächste Sitzung auf Donnerstag 10 Uhr mit dem Rest der heutigen Tagesordnung und den dritten Beratungen des Tabaksteuergesetzes und des Posttarifs vor. Die Abg. Stögel und Stumm wollen auch noch den Commissionsbericht über die Arbeiterpensionskassen, Abg. Richter-Hagen die abgebrochene Discussion über die Petitionen gegen die Civilehe auf die Tagesordnung setzen; da aber, wie Abg. Dr. Hänel constatirt, das Haus nicht mehr beschlußfähig ist, verbleibt es beim Vorschlage des Präsidenten.

Deutsches Reich.

Die Provinzial-Correspondenz schreibt: „Unser Kaiser hat mit günstigem Erfolge die Cur in Eins fortgesetzt und sich dabei ununterbrochen der Erledigung aller Regierungsgeschäfte in gewohnter Weise widmet. Die wichtigen innerhalb der höchsten Regierungskreise zu treffenden Entscheidungen haben einen vielfachen Schriftwechsel, namentlich mit dem Reichskanzler, erforderlich gemacht. Se. Maj. gedenkt am Montag (14. Juli) die Cur zu beenden, sich dann auf zwei Tage zum Besuche der Kaiserin nach Koblenz und von da nach der Insel Mainau im Bodensee zum Besuche der großherzoglich badischen Familie zu begeben. Nach etwa achtägigem Aufenthalt daselbst soll die Abreise nach Gastein erfolgen, von wo die Rückkehr nach Berlin etwa zum 20. Aug. zu erwarten ist. Im September finden sodann die großen Manöver im Bereiche des 1. und 2. Armee-corps statt, zu welchen der Kaiser sich in Begleitung der Kaiserin nach Königsberg, Danzig und Stettin begeben will.“

Die Provinzial-Correspondenz vom 9. Juli schreibt zur parlamentarischen Lage: „Nach der (heutigen) letzten grundsätzlichen Erörterung wird die thatsächliche Erledigung der dringendsten Aufgaben wel im Laufe weniger Tage erfolgen und der Schluß der längsten und mühsamsten aller bisherigen Reichstagesessionen, wie man hofft, mit dieser Woche eintreten können.“

Am Schluß eines Artikels über die Wirksamkeit des Finanzministers Hobrecht sagt die Provinzial-Correspondenz: „Indem der Minister Hobrecht für diese unmittelbaren Zwecke der Finanzpolitik des Reichskanzlers sein volles Einverständnis zu erkennen gab, deutete er zugleich an, daß die letzten Ziele und Pläne des Kanzlers, namentlich in Bezug auf die Umgestaltung und Aufhebung der directen Steuern in Preußen, wol weiter gingen als die seinigen, fügte aber als bald hinzu, daß dies Fragen seien, um deren Lösung es sich zur Zeit noch gar nicht handle, die für jetzt nur eine allgemeine grundsätzliche, keine praktische Berechnung haben. Inzwischen scheint jedoch diese Verschiedenheit der Auffassungen über die künftige Gestaltung der preussischen Finanzpolitik den Minister Hobrecht vorzugsweise dazu bestimmt zu haben, seinen Abschied zu erbitten.“

Der Staats-Anzeiger theilt mit: „Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: den seitherigen Staats- und Finanzminister Hobrecht zum Würt. Geheimrath mit dem Prädicat „Excellenz“ zu ernennen.“

Preußen. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung berichtet: „Gutem Vernehmen nach ist Aussicht, daß die lange geplante Herstellung einer directen Schienenverbindung zwischen Berlin, Schwerin und Lübeck nunmehr seitens des Staates selbst in die Hand genommen wird, und sind zu dem Zwecke bereits Einleitungen getroffen, insbesondere Schritte bei den übrigen beteiligten Regierungen gethan.“

Thüringische Staaten. Aus Thüringen, 8. Juli. Aus der zweiten Sitzung des rudsäcker Landtags ist nur zu bemerken, daß ein Regierungs-decret dem Landtage zur Kenntniß gab, daß die Regierung die Amtstracht der Richter bei den Amtsgerichten nicht schon mit dem 1. Oct. einführen werde, worauf der Landtag den Wunsch aussprach, bei den Amtsrathen überhaupt von der Amtstracht abzugehen. — In Gotha und Arnstadt waren für vorigen Sonntag Rosenausstellungen veranstaltet, die mit sehr zahlreichen und prachtvollen Exemplaren ausgestattet waren; in Gotha hatten 48 Aussteller gegen 1900 Sortimente geliefert; 2000 Personen besuchten die Ausstellung. — In Gera sind mehrere mechanische Webereien mit Lohnerabsetzungen vorgegangen. Das stimmt nicht zu den Voraussetzungen, mit denen die Zoll- und Steuerreform von verschiedenen Seiten angesehen wurde. — Der thüringische Turner-Verband, der 192 Turnvereine umfaßt, wird vom 2. bis 4. Aug. sein zweites Kreisturnfest in Erfurt halten; das erste fand 1864 in Weimar statt. — Der Großherzog von Weimar, der mit Familie nächsten Freitag nach Schloß Wilhelmsthal bei Eisenach

übersiedelt... land und heimgefu... und Osh... der sch... Pengfeld... Frei... wie die... Peiden... jessor... Bate... man aus... frauen... schen... vereitel... noch nicht... jetzt begü... Reustadt... lische... den Reich... aufgestellt... frommen... Reichswa... selbe allj... nun infol... verzichtet... gau, Dr... Wochenbl... und zwar... als für d... wahl in... lich hoch... extremen... sehr bedeu... Die... unterm 8... scheinung... lungen... ten wegen... ihren Vor... die Affaire... so sah id... mals verac... ten, der... hatte; es... rieregimen... gen Gefä... das Milie... Brantall... offiziere... reuß des... tirten zwe... ihren Yato... den. Wo... 5 Monate... Würt... schreibt m... 1873 hatt... funfzigjäh... der einst... begonnen... sale hier... seit seiner... Karl Ha... den und... da mehr... ner Thate... der frei, a... fremdet w... und Irth... erzählt... am Jubili... aber auch... frisch wie... vergangen... evangelisch... schon über... in seinen... Jena über... hat. So... bekommen... neuern, e... Doctor sel... reifen Ja... ihre Huldi... corum | H... gistro | H... manissimo... uosissimo... mentatori... gelicas d... deutsch ung... Weiser in... weisfünni... schmäddoll... wie forschu... kampfbereit... mifer.“

weiterkeit) stellt, er Majors- le Sitzung heutigen Tabp- Stögel onsbericht ter-Pagen men gegen da aber, nicht mehr blage des

„Unser in Eins Erlebigen se gewid- gerungs- inen viel- scholanger, Montag auf zwei und von n Besuche en. Nach e Abreise sehr nach ist. Im aber im u welchen h Königs-

li schreibt (heutigen) atfächliche im Laufe längsten ssessionen, anen.“

irkfamkeit rovinzial- recht für des Reichs- enen gab, nd Plane Umgestal- Preußen, r als bald Übung es jetzt nur e Bedeu- Verschie- Bestaltung Sobrecht Abschied

Maj. der eithrigeren Wirtl. zu er-

Zeitung icht, das htemen- in und in die wecke ke- rritte bei

irungen, städter gerungs- die Re- n Amts- n werde, bei den abzu- vorigen die mit a ausge- er gegen besuchten schauische egangen- it denen e Seiten erner- wird dem Erfurt latt. — Familie Eisenach

übersteht, besetzt gegenwärtig das eisenacher Oberland und besonders auch die durch große Brände heimgeführten Orte Bacha, Leuzfeld, Kaltewestheim und Oshelm sowie Frankenheim; gestern fuhr er auf der schmalspurigen Feldbahn von Salzgungen nach Leuzfeld.

Breie Städte. In Bremen starb am 7. Juli, wie die Weser-Zeitung meldet, nach langen schweren Leiden der Besitzer des dortigen Gymnasiums, Professor Dr. Herzberg (geboren am 6. Juni 1813).

Baiern. Der Neuen Frankfurter Presse berichtet man aus München vom 7. Juli: „Das Klosterfrauen der Candidatur für eine Wahl in den Deutschen Reichstag entgegengetreten und dieselbe wirklich verteidelt, dürfte, wenn überhaupt, so doch jedenfalls noch nicht oft vorgekommen sein, wie es in der That jetzt bezüglich der bevorstehenden Reichstagswahl in Neustadt in der Oberpfalz der Fall ist. Die Katholische Volkspartei, resp. die Führer derselben, hatten den Beichtvater Lorenz in Waldsassen als Candidaten aufgestellt und bereits proclamirt; es haben aber die frommen Klosterfrauen erklärt, daß sie ihren lieben Beichtvater nicht so lange entbehren könnten, als derselbe alljährlich in Berlin verweilen müßte, und hat nun insolge dessen Pater Lorenz auf die Candidatur verzichtet. An seine Stelle ist der Pfarrer in Ramsau, Dr. Schäfer, der Redacteur des sehr extremen Wochenblattes Das Kreuz, als Candidat aufgestellt, und zwar sowohl für die Reichstagswahl in Neustadt als für die auf den 12. Juli anberaumte Landtagswahl in Kemnath. Siegt dieser Candidat, was freilich doch noch zweifelhaft sein dürfte, so würden die extremen Fractionen unserer Abgeordnetenkammer eine sehr bedeutende Verstärkung erhalten.“

— Die Correspondenz für und aus Baiern berichtet unterm 8. Juli aus München: „Eine auffallende Erscheinung bilden in neuerer Zeit die vielen Verhandlungen vor den bairischen Militärbezirksgerichten wegen Mißhandlungen, welche die Soldaten von ihren Vorgesetzten zu erdulden hatten. Kaum hatte die Affaire Schenk v. Seyern ihren Abschluß gefunden, so sah sich das Militärbezirksgericht Würzburg abermals veranlaßt, gegen einen Unteroffizier einzuschreiten, der sich solcher Mißhandlung schuldig gemacht hatte; es ist dies Unteroffizier Fuchs des 5. Infanterieregiments in Bamberg, welcher zu 1 Monat 21 Tagen Gefängniß verurtheilt wurde. Heute nun hatte das Militärbezirksgericht München einen Act roher Brutalität von Unteroffizieren zu sühnen. Die Unteroffiziere Wohlers vom 1. Pionnierbataillon und Budreus des 1. Fußartillerieregiments in Ingolstadt tractirten zwei ruhig ihres Weges gehende Soldaten mit ihren Datalogen derart, daß beide schwer verletzt wurden. Wohlers wurde zu 6 Monat und Budreus zu 5 Monaten Gefängniß verurtheilt.“

Württemberg. Aus Tübingen vom 4. Juli schreibt man dem Schwäbischen Merkur: „Im Jahre 1873 hatte die hiesige philosophische Facultät Anlaß, ein fünfzigjähriges Doctordiplom einem Manne zu erneuern, der einst an der Universität Tübingen seine Laufbahn begonnen und durch seine Person wie durch seine Schicksale hier ein gutes Gedächtniß zurückgelassen hat, dem seit seiner tübinger Zeit weit berühmten Theologen Karl Hase. Wie dieser Mann in Tübingen bescheiden und doch zuversichtlich anfang, wie er dann von da mehr durch zufällige Beziehungen als insolge seiner Thaten auf den Höhenasperg verest, dann wieder frei, aber doch auch der neuen Heimat wieder entfremdet wurde, das hat er selbst in dem Buche „Ideale und Irthümer“ in liebenswürdiger, anziehender Weise erzählt. Nach vielen Jahren ist er wiedergekommen am Jubiläum der Universität als hochgeehrter Gast, aber auch als hochbetagter Greis, doch rüstig und geistfrisch wie ein Junger. Seither sind wieder 2 Jahre vergangen und zugleich 50 Jahre, seit die hiesige evangelisch-theologische Facultät ihm ein, nachdem er schon übergesiedelt war nach Leipzig und kurz ehe er in seinen heute noch blühenden Wirkungskreis nach Jena übergang, das theologische Doctordiplom verliehen hat. So hat denn auch diese Facultät Gelegenheit bekommen, ihm ihr Diplom nach der Sitte zu erneuern, ein Fall, der gerade bei dem theologischen Doctor sehr selten ist, da dieser in der Regel erst in reifen Jahren erworben wird. Sie hat ihm hierbei ihre Huldbildung dargebracht: Theologorum Germanicorum hodie Nestori | Universae Theologiae magistro | Fidei Christianae scrutatori subtilissimo humanissimo | Historiae ecclesiasticae scriptori ingeniosissimo elegantissimo | Vitae Jesus Christi commentatori religiosissimo sagacissimo | Causae evangelicae defensori alacerrimo aequissimo, d. h. zu deutsch ungefähr: Dem Nestor der deutschen Theologen | Meister in aller Theologie | Ebenso feinsinnig wie weisfönnig als Dogmatiker | Ebenso geistvoll wie geschmackvoll als Kirchenhistoriker | Ebenso glaubenstreu wie forschungstreu als Biograph Jesu Christi | Ebenso kampfbereit wie friedensbereit als evangelischer Polemiker.“

Italien.

Am 2. Juli wurde in Rom das Urtheil des obersten Cassationshofes in dem von der Gräfin Lambertini, der angeblichen natürlichen Tochter des Cardinals Antonelli, gegen die Erben desselben angestregten Proceß veröffentlicht. Die Klägerin ward mit ihrem Begehren, den Zeugensbeweis rückfichtlich ihrer Filiation erbringen zu dürfen, abgewiesen und in die Gerichtskosten verurtheilt.

Frankreich.

* Paris, 8. Juli. John Lemoine schreibt im Journal des Debats: „Die außerordentliche Wirkung, welche die Rede des Hrn. Paul Bert und seine Citate, die für viele Leute eine Enthüllung waren, hervorgebracht hat, beweist, daß die große Mehrzahl der französischen Familien noch gar keine Ahnung hat von der Erziehung und dem Unterricht, die heutzutage der Jugend beider Geschlechter zuteil werden. Ja wohl, das alles ist die reine Wahrheit! So erzieht man euere Kinder, solches lehrt man ihnen und damit bildet man sie zu Männern und Frauen heran! Was früher in den verschlossenen Mauern des Seminarunterrichts geblieben, bildet jetzt einen Bestandteil der allgemeinen Erziehung; man erfüllt die Einbildungskraft der Jugend mit den bämnesten und unsaubersten Mythen und unterwirft sie sozusagen einer einschläfernden Operation, in welcher sie alles Urtheil und allen gesunden Verstand verlieren. Darauf gerade hat man es aber abgesehen: es ist ein mit erstaunlicher Klugheit durchgeführtes System der Verbannung: materiell angenehmes Leben, Artigkeit im äußern Umgange, Protection in der großen Welt und dafür vollständige Knechtung des Denkens und Willens. Man mag es nur unummunden aussprechen: das vorliegende Gesetz ist ein politisches, ein Abwehrgesetz. Der bedeutendste, gewandteste und gefährlichste Mann der Partei, derselbe, welcher das Gesetz von 1850 ins Leben rief (Hr. v. Falloux), hat wol recht, wenn er sich gegen die unvorsichtigen Tölpel erhob, welche die Fahne der Contrerevolution aufpflanzten. Aber er empfing von höhern Orten einen Verweis und sah sich daher zum Schweigen verurtheilt. Das Lösungswort lautet also: Contrerevolution, d. i. Krieg gegen die weltliche und confessionelle Gesellschaft, gegen den Code civil, gegen alle organischen Gesetze des Landes. Hr. Paul Bert hat den Finger auf die wunde Stelle gelegt. Mit Recht sagt er, die Gefahr liege darin, daß diese verschlagenen Leute sich jetzt zu Republikanern machen. Du mein Gott, sie werden sich zu allem machen, was man und was die Sache von ihnen verlangt. Sie tragen ehemals die Freiheit als Ausschüßgeschild und lockten unter dieser Fahne unschuldige und aufrichtige Liberale herbei. Seit 30 Jahren wissen wir, welchen Gebrauch sie von diesem blinden Vertrauen gemacht haben. Die Geschichte hat uns eines bessern belehrt. Ueberraschen kann uns nur die Ueberraschung, welche die gestrigen Citate der Kammer bereiteten. Das alles steht ja schon in den Katechismen und Schulbüchcheln. Wie gestern Hr. Paul Bert, so hat neulich auch ein Redner in der belgischen Deputirtenkammer in seinen Citaten aus einem Katechismus im Hinblick auf die anwesenden Frauen und Mädchen mitten innehalten müssen. Und das nennt man eine christliche Erziehung. Das sollen wir als die Lehre der Kirche ansehen!“

Die gestrige Sitzung der Deputirtenkammer begann wieder mit einigen stürmischen Episoden. Den Vorsitz führte der Vicepräsident Brisson:

Dr. v. Maille beklagt sich zum Protokoll darüber, daß einige Worte, die er in der letzten Sitzung während der Rede des Hrn. Paul Bert fallen ließ und die nur den Charakter einer Privatbemerkung hatten, in den stenographischen Bericht aufgenommen worden waren. Wie er vermuthe, sei dies auf Anstiften des Hrn. Paul Bert selbst geschehen, der dabei in böswilliger Absicht gehandelt hätte. Präsident fordert den Redner auf, die Worte „in böswilliger Absicht“ zurückzunehmen.

Dr. v. Maille: Für Imperpetenzen des Hrn. Paul Bert habe ich nur Geringschätzung.

Präsident: Hr. Graf Maille! Ich muß Sie zur Ordnung rufen, wenn Sie nicht den neuen beleidigenden Ausdruck zurücknehmen, dessen Sie sich gegen Hrn. Paul Bert bedient haben. Kehren Sie zur Frage zurück.

Dr. v. Maille: Ich bedauere, daß Hr. Gambetta nicht den Vorsitz führt, sonst würde ich ihn fragen, wie er sich erlauben konnte, Phrasen in den amtlichen Bericht aufzunehmen, die nur den Charakter eines Privatgesprächs hatten.

Präsident: Ich kann Ihnen nicht gestatten, die Handlungen des Präsidenten zu kritisiren. Im übrigen soll von Ihrer Erklärung im Protokoll Act genommen werden.

Dr. v. Maille will noch immer die Tribüne nicht verlassen. Nicht den Präsidenten, sagt er, sondern Hrn. Paul Bert will ich zur Rede stellen. Seine Aeußerungen, die Worte, die er zu mir sprach, sind nicht in das Protokoll aufgenommen worden.

Präsident: Nun, wenn es nur ein Privatgespräch war, so können Sie sich darüber nicht beklagen. Ich entziehe Ihnen jetzt das Wort.

Baudry d'Asson: Ich bitte ums Wort, um der Kammer einen Resolutionsentwurf vorzulesen.

Präsident: Das ist nicht zulässig.

Baudry d'Asson: Dann bitte ich ums Wort zur Geschäftsordnung.

Präsident: Welchen Artikel der Geschäftsordnung wollen Sie mir vorkommen?

Baudry d'Asson schweigt. Präsident: Dann entziehe ich Ihnen das Wort. Ihrem Resolutionsentwurf können Sie am Schluß der Sitzung vorlesen.

Baudry d'Asson: Ich protestire gegen diesen Mißbrauch der Gewalt. (Lärm.)

Präsident: Verlassen Sie die Tribüne.

Baudry d'Asson gehorcht unter neuen Protesten, und nun erst lehrt man zu dem Art. 7 des Herryschen Gesetzes zurück.

— Aus Paris vom 8. Juli berichtet man der Kölnischen Zeitung: „Kouher soll während seiner Anwesenheit in Chislehurst alles aufbieten wollen, um die Kaiserin zu bestimmen, daß sie in einer Proclamation zu Gunsten des Prinzen Napoleon Jérôme eintritt, da er dies für das einzige Mittel hält, um zu verhindern, daß die Partei sich zersplittert. Der Prinz Napoleon hält noch immer zurück, hat indess eine indirecte Kundgebung gemacht: er ließ in dem Blatte Paris-Capitale ein Schreiben veröffentlichen, das er im Mai 1871 an Jules Favre richtete und worin er die Regierung der nationalen Vertheidigung scharf angreift und die Berufung an das Volk verlangt. Es wird behauptet, die Prinzessin Clotilde sei dafür, daß Prinz Napoleon sich offen an die Spitze der Imperialisten stelle; sie soll dies im Interesse ihres Sohnes für nothwendig halten. — Die Liberté, bisher bonapartistisches Organ unter Péreire's Leitung, erklärt heute, sie schließe sich der Republik an, weil die alten monarchistischen Parteien fortan zur Ohnmacht verurtheilt seien. — Im Senat legte der Kriegsminister heute ein Amnestiegesetz für Refractaire in der Armee zu Land und Wasser vor.“

— Der pariser Specialcorrespondent der National-Zeitung theilt dieser telegraphisch mit, daß der französische Minister der schönen Künste sich „gezwungen“ gesehen habe, die ertheilte Zusage der officiellen Beteiligungs-Frankreichs an der internationalen Kunstausstellung in München zurückzunehmen. Näheres darüber, was dieses Blatt jetzt mittheilt, müssen wir auf morgen versparen.

Großbritannien.

Die Ausweise des Handelsamtes für den Monat Juni lauten wiederum ungünstig und zeigen, daß der Wiederaufschwung des Handels, der sich im Mai befun-det hatte, nur ein vorübergehender gewesen. Der Gesamtwert der Ausfuhr im Juni betrug 14,583540 Pfd. St. gegen 15,091638 und 15,305659 in dem entsprechenden Monat in 1878 und 1877, d. i. eine Abnahme von 3 1/4, beziehungsweise 4 1/2 Proc. Die Einfuhr des Monats erreichte einen Gesamtwert von 27,788780 Pfd. St. gegen 28,661103 im Juni 1878 und 29,810370 im Juni 1877, d. i. eine Abnahme von 3, resp. 20 Proc. Die Getreideeinfuhr verringerte sich um 4 1/2 Proc. in der Qualität und um 16 1/2 Proc. im Werthe.

— Aus London vom 7. Juli schreibt man der Kölnischen Zeitung: „Das anhaltende Regenwetter ist zu einer solchen Landplage geworden, daß der Erzbischof von Canterbury als Primas von England die Bischöfe auffordert, in ihren Diocesen öffentliche Gebete um Abwendung des Uebels anzuordnen. Die Herren werden hoffentlich auch die übrigen Länder Westeuropas, denen des nassen Segens zu viel geworden ist, in ihre Fürbitte einschließen. Für die Landwirthe ist die Lage wirklich recht traurig. Man kann sagen, vier Missernten liegen hinter uns, die fünfte sehen wir jetzt vor Augen. Schwere Aeder sind im Frühjahr noch gar nicht trocken geworden, sondern liegen noch sumpfig da wie im Winter. Auf warmem Boden hat die Rasse den Grasschnitt begünstigt und an solchen Stellen sieht man z. B. in der Nähe Londons Grasschnitte, zu deren Trocknung kaum die Wiesenfläche ausreichen würde, auf welcher sie gewachsen sind. Selbst die Ernte wird dem Landwirthe nun genommen, denn in diesem anhaltenden Regenwetter muß das Gras verfaulen.“

Belgien.

Aus Brüssel vom 7. Juli schreibt man der Kölnischen Zeitung: „Nach den an der Börse umlaufenden Gerüchten wäre die Regierung fest entschlossen, die 4 1/2 proc. Rente in eine 4 proc. umzuwandeln. Die Indépendance belge erklärt sich heute gegen diese nach ihrer Ansicht fehlerhafte Maßregel.“

Niederlande.

Aus dem Haag vom 6. Juli wird der Kölnischen Zeitung berichtet: „Der König und Prinz Alexander haben die Erbschaft des Prinzen von Dranien nur sub beneficio inventarii angetreten.“

Russland.

Wie dem Deutschen Montags-Blatt aus Petersburg vom 6. Juli nach glaubwürdigster Quelle berichtet wird, ist der vielgenannte Dr. Weimar jetzt überführt, an den Verbrechern der Socialrevolutionäre den regsten Antheil genommen zu haben. Es wurde derselbe zum Tode durch den Strang verurtheilt. Man weiß jetzt, daß Weimar den Revolver kaufte, mit dem

Leipziger Börse.

10. Juli.

Wochsel.

Table with columns for location (Amsterdam, Brüssel, London, Paris, Petersburg, Warschau, Wien) and exchange rates.

Deutsche Fonds.

Table listing various German bonds and their prices, including Deutsche R.-Anl. 1877 v. 5000-3000.

Table listing various stocks and bonds, including Berlin-Görlitzer 100, Berlin-Potsdam-Magdeh. 100, etc.

Table listing Eisenbahn-St.-Pr.-Actien (Railway shares) such as Altenburg-Zeitz & 100, Chemnitz-Nordbahn & 100.

Table listing Bank-u. Credit-Actien (Bank and Credit shares) such as Allg. D. Cr.-A. Leipzig & 100, Berl.-Dietz-Ges. Anst. & 200.

Table listing Industriell-Act. Prioritäten u. Stamm-Prioritäten (Industrial shares and priorities) such as Chemn.-A.-Spinnerei & 33 1/2, Werra-Masch.-Fabrik & 100.

Table listing Inl. Eisenb.-Prior.-Obl. (Domestic railway bond priorities) such as Altona-Kieler v. 500 u. 100, Annaberg-Wipperf. & 100.

Table listing Ausl. Eisenb.-Prior.-Obl. (Foreign railway bond priorities) such as Ausgig.-Tepliczer I. Em. & 100, do. II. - & 100.

Table listing various bank and credit shares, including K. S. St.-Anl. v. 1850 v. 1000 u. 500, do. - 1855 - 100, etc.

Table listing various bank and credit shares, including Pfb. d. Fr. Chr. B. Cr.-A. G. v. 1000-50, do. do. 1100-50, etc.

Table listing various bank and credit shares, including Pfb. d. Fr. Chr. B. Cr.-A. G. v. 1000-50, do. do. 1100-50, etc.

Table listing various bank and credit shares, including Pfb. d. Fr. Chr. B. Cr.-A. G. v. 1000-50, do. do. 1100-50, etc.

Table listing various bank and credit shares, including Pfb. d. Fr. Chr. B. Cr.-A. G. v. 1000-50, do. do. 1100-50, etc.

Table listing various bank and credit shares, including Pfb. d. Fr. Chr. B. Cr.-A. G. v. 1000-50, do. do. 1100-50, etc.

Table listing various bank and credit shares, including Pfb. d. Fr. Chr. B. Cr.-A. G. v. 1000-50, do. do. 1100-50, etc.

Table listing various bank and credit shares, including Pfb. d. Fr. Chr. B. Cr.-A. G. v. 1000-50, do. do. 1100-50, etc.

Table listing various bank and credit shares, including Pfb. d. Fr. Chr. B. Cr.-A. G. v. 1000-50, do. do. 1100-50, etc.

Ankündigungen.

Theater der Stadt Leipzig.

Neues Theater. Freitag, 11. Juli. Madame Favart. Komische Oper in 3 Acten von Etyot und Duru. Musik von Jacques Offenbach. Madame Favart, Frau Marie Geisinger. (187. Abonnements-Vorstellung.) Altes Theater. Sonnabend, 12. Juli. Die Fledermaus. Operette in 3 Acten von Johann Strauß. Musik von Eisenstein - Marie Geisinger.

